

## **Keine Strafverfahren gegen die Täter im Rahmen der Ereignisse vom Oktober 2000**<sup>1</sup>

Am 27. Januar 2008 erklärte der israelische Generalstaatsanwalt Menachem Mazuz, dass er seine Entscheidung von 2005 aufrecht erhält und somit die Strafverfahren gegen die Täter im Rahmen der Ereignisse vom Oktober 2000 eingestellt werden. Damals wurden 12 arabische israelische Bürger und ein Palästinenser aus dem Gazastreifen im Norden Israels von der israelischen Polizei getötet. Als Gründe für die Einstellung wurden Mangel an Beweisen angegeben bzw. weil die Polizisten glaubten, in Notwehr zu handeln.<sup>1</sup>

Der Friedensprozess, der durch das im September 1993 von Yitzhak Rabin und Yassir Arafat in Oslo unterzeichnete Abkommen begann, änderte nicht nur die Beziehungen zwischen Israel und den Palästinensern in den besetzten Gebieten. Er führte auch zu einer wesentlichen Verbesserung innerhalb der israelischen Gesellschaft selbst in Bezug auf die arabische Minderheit. Es folgte eine fast euphorische Phase, in der sich die offizielle Politik zum ersten Mal um effektive Integration und Gleichberechtigung bemühte. Dies war allerdings nur von kurzer Dauer. Auch in diesem Bereich kam es zu einem radikalen Kurswechsel infolge des Mordes an Yitzhak Rabin im November 1995. Nach einer so hoffnungsvollen Entwicklung brachte die Rückkehr zum Status Quo Ante eine große Enttäuschung. Dies wurde durch die scharfen allgemeinen politischen Auseinandersetzungen während der Amtszeit der von Likudchef Benjamin Netanyahu geleiteten Regierung (1996-1999) noch verstärkt. Auch der Wahlsieg des Arbeitspartei-vorsitzenden Ehud Barak im Mai 1999 brachte keine Besserung. Der arabische Abgeordnete Azmi Bishara („Balad“ – National Democratic Alliance) hatte seine Kandidatur zurückgezogen, um Baraks Wahlsieg zu sichern. Barak jedoch empfing die arabischen Parteien sowie die jüdisch-arabische Partei „Hadash“ (Demokratische Front für Frieden und Gleichheit) nicht einmal zum Gespräch, bevor er seine Koalition bildete. Die Beziehungen zur arabischen Minderheit verschlechtern sich nicht nur auf der Regierungsebene. Mitte September 2000 wurde ein polizeiliches Untersuchungsverfahren gegen „Hadash“-Knessetabgeordneten Muhammad Barake eingeleitet, der verdächtigt wurde, die arabische Bevölkerung im Norden Israels zur Gewalt gegenüber Polizisten anzustiften. Der Oberste Lenkungsausschuss für die Angelegenheiten arabischer Israeli verteidigte Barake gegen die Vorwürfe der Polizei und am folgenden Tag kam es zu einem unfassenden Streik in Nazaret aus Protest gegen „die Inkompetenz der Polizei im Kampf gegen Gewalt und Verbrechen“. Während seiner Regierungszeit beendete Ehud Barak zwar durch den Abzug der israelischen Truppe die Besatzung des Südlibanon. Die Frage der palästinensischen besetzten Gebiete aber blieb ungelöst. Das Scheitern der Verhandlungen über deren permanenten Status, die im Juli 2000 in Camp David geführt wurden, kann als endgültige Scheitern des Osloer Friedensprozesses gesehen werden.

Trotz der offensichtlichen Gefahren einer solchen Provokation gestattete die Barak-Regierung dem Oppositionsführer und Likudvorsitzenden Ariel Sharon und einer Likud-Delegation einen Besuch auf dem Tempelberg (der Bereich des Felsendoms und der al-Aqsa Moschee) in Jerusalem, der das Recht auf freien Zugang für Juden bekräftigen sollte. Der Besuch fand am 28. September 2000 unter dem Schutz eines massiven

Polizeiaufgebots statt. Am darauf folgenden Tag kam es während des muslimischen Freitagsgebets zu Unruhen, die von den israelischen Sicherheitskräften gewaltsam unterdrückt wurden (mindestens fünf Palästinenser wurden getötet und mehr als 200 verletzt). An vielen Orten der Westbank und des Gazastreifens kam es noch am selben Tag zu Demonstrationen gegen das gewaltsame Vorgehen der israelischen Sicherheitskräfte in Jerusalem, die wiederum zu Zusammenstößen mit den israelischen Besatzungstruppen führten. Die Situation wurde weiter angeheizt durch die auf zahlreichen Fernsehsendern ausgestrahlten Bilder der Erschießung von Muhammad al-Durrah, eines 12-jährigen Jungen in Gaza, der in die Schusslinie zwischen israelischen Soldaten und palästinensischen Kämpfern geraten war. Diese Ereignisse gelten im allgemeinen als der Anfang der zweiten Intifada, die auch „al-Aqsa Intifada“ (nach dem Namen der Moschee neben dem Felsendom) genannt wird.

Am 30. September rief auch der Oberste Lenkungsausschuss für die Angelegenheiten arabischer Israelis zu einem Generalstreik und Demonstrationen gegen das gewaltsame Vorgehen der israelischen Streitkräfte auf. Es ist immer schwierig zu sagen, was geschehen wäre, wenn sie die Dinge anders entwickelt hätten. Es besteht wohl kein Zweifel daran, dass die Gemüter sehr erhitzt waren, nicht zuletzt durch die Bilder von Muhammad al-Durrah, für dessen Erschiessung israelische Soldaten verantwortlich gemacht wurden,<sup>2</sup> und dass es ein grosses Frustrationspotenzial gab. Andererseits ist es durchaus denkbar, dass der 1. Oktober ein Tag grosser, stürmischer Demonstrationen, aber ohne weitere schwerwiegende Folgen hätten bleiben können. Angesichts des jüdischen Neujahrsfests konnte der Generalstreik nur arabische Unternehmen treffen. Da es nur sehr wenige Ortschaften mit einer gemischten jüdischen und arabischen Bevölkerung gibt, wären die meisten Demonstrationen auf arabische Ortschaften beschränkt geblieben. Auch wären vielleicht die in der Nähe solcher Ortschaften liegenden Teile von Hauptverkehrsstrassen von Demonstranten für einige Stunden besetzt worden. Damit hätten diese Protestaktionen enden können. Aber in Wirklichkeit kam es ganz anders.

Grosse bewaffnete Polizeiaufgebote wurden „zur Aufrechterhaltung der Ordnung“ während der Demonstrationen in die arabischen Ortschaften geschickt. Es kam zu Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Demonstranten. Viele Demonstranten wurden verletzt, ein Mann in Umm al-Fahm erschossen und zwei Menschen wurden durch Kopfschüsse so schwer verletzt, dass sie später daran starben. Der nächste Tag brachte eine Eskalation. Die Zusammenstöße mit der Polizei während einer wachsenden Zahl von Protestaktionen, einschließlich der Blockade einer Hauptverkehrsstrasse und eines Angriffs auf die jüdische Ortschaft oberhalb von Nazaret, bei dem Auto- und Fensterscheiben zerschlagen wurden, führten zu sehr vielen Verletzten und sechs Toten. Am darauf folgenden Tag wurden zwei weitere Menschen von der Polizei erschossen, es kam zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei bei den Beerdigungen und zu einer Reihe von Waldbränden, die vermutlich absichtlich gelegt wurden. Die Absprachen während eines Treffens zwischen Ehud Barak und dem Oberstem Lenkungsausschusses erzielten drei Tage relativer Ruhe, mit Ausnahme von Unruhen in Jaffa. Am 7. Oktober wurden drei israelische Soldaten von Hizb-Allah Kämpfern entführt, was Zusammenstöße zwischen Teilen der jüdischen und der arabischen Bevölkerung in Israel

auslöste. Ruhe konnte erst am 10. Oktober wieder hergestellt werden. Während der Unruhen starben 14 Menschen: 12 arabische Israelis und ein Palästinenser aus Gaza, der sich in Umm al-Fahm aufhielt, wurden von der israelischen Polizei erschossen, und ein jüdischer Israeli wurde getötet, als ein arabischer Demonstrant einen Stein in sein Auto auf der Schnellstrasse zwischen Haifa und Tel Aviv warf.<sup>3</sup>

Obwohl es in Israel schon viele, auch gewalttätige Demonstrationen gegeben hatte, hatte die Polizei bis dahin nie in dieser Form Schusswaffen gegen Demonstranten eingesetzt. Die arabische Bevölkerung war entsetzt, und ihr Entsetzen wurde noch dadurch verstärkt, dass ein nicht geringer Teil der jüdischen Bevölkerung in den arabischen Protesten einen „Verrat“ der arabischen Minderheit sah (und sieht) und damit das Vorgehen der Polizei für gerechtfertigt hält. Außerhalb der arabischen Bevölkerung gab es somit keine starke öffentliche Lobby, die eine Untersuchung der Ereignisse gefordert hätte. Dennoch wurde eine Untersuchungsausschuss unter der Leitung der Richters Theodor Or noch vor Ende des Jahres von Regierungschef Ehud Barak eingesetzt. Barak hat wohl gehofft, dass er sich damit arabische Stimmen für die Wahlen zum Ministerpräsident im Februar 2001, in denen er gegen Ariel Sharon antrat, gewinnen könnte. Die Rechnung ging nicht auf. Auch hat der Untersuchungsausschuss relativ wenig zur Klärung der strafrechtlichen Seite der Ereignisse beigetragen.

Der Untersuchungsausschuss hatte eine Kompetenz, die relativ eng gefasst war. Es wurden primär die beteiligten Polizisten befragt, ihre Vorgesetzten und die zuständige politische Führung, nicht aber die vielen Demonstranten, die Augenzeugen der Ereignisse waren. Das Ziel war die Ereignisse in ihrer Gesamtheit zu beurteilen, ohne auf konkrete Einzelfälle einzugehen. Trotz dieser Beschränkung und den im Laufe der Vernehmungen deutlich werdenden zahlreichen Versuche der Beweisunterdrückung, Absprachen und Vertuschungen hat der Untersuchungsausschuss einiges feststellen können. So stellte sich heraus, dass entgegen der festen Beteuerungen von Seiten der Polizei und der Regierung, die Polizisten mit scharfer Munition und mit Gummi-überzogenen Patronen auf unbewaffnete Demonstranten geschossen hatten. Dies geschah entweder auf Anordnung oder mit Duldung ihrer Vorgesetzten, möglicherweise einschließlich des zuständigen Ministers für Innere Sicherheit, Professor Shlomo Ben-Ami. Darüberhinaus wurde festgestellt, dass auf Anordnung der leitenden Polizeioffiziere, Yehuda Wilk und Alik Ron, möglicherweise sogar auf Anordnung von Ehud Barak, eine Einheit von Scharfschützen zum ersten Mal in Israel gegen Zivilbevölkerung eingesetzt wurde. In den Bericht, der im September 2003 vorgelegt wurde,<sup>4</sup> wird im allgemeinen die diskriminierende Behandlung der Polizei gegenüber der arabischen Minderheit kritisiert. Dem Minister für Innere Sicherheit, Professor Shlomo Ben-Ami, wird vorgeworfen, dass die Polizei ungenügend auf die Ereignisse vorbereitet war. Außerdem habe er die Polizeimaßnahmen entweder gebilligt oder sei seiner Aufsichtspflicht nicht angemessen nachgekommen. Nach Ansicht des Ausschusses sollte Professor Ben-Ami nicht mehr das Amt des Ministers für Innere Sicherheit bekleiden. Ehud Barak wird in dem Bericht primär Unkenntnis und Desinteresse vorgeworfen, sowie der folgenschwere Befehl an die Sicherheitskräfte, die Strassen „unter allen Umständen“ für den Verkehr offen zu halten. Der Bericht wirft Teilen der politischen Führung der arabischen Minderheit vor, die Bevölkerung zu Unruhen aufgehetzt zu haben. Außerdem wird in dem Bericht das

Verhalten einiger weniger einzelner Polizisten kritisch behandelt, die darauf hin den Polizeidienst verlassen mussten.<sup>5</sup>

Der Untersuchungsausschuss sah sich außer Stande, eine forensische Beweisaufnahme durchzuführen, und war auch nicht bereit, forensisches Beweismaterial von den Familien der Opfer anzunehmen. Die für interne Untersuchungsangelegenheiten zuständige Abteilung der Polizei, „Mahash“, hat ihrerseits die Ereignisse nicht untersucht, weil der Untersuchungsausschuss eingesetzt wurde. Entgegen den Regeln wurden die meisten Opfer ohne vorherige Autopsie beerdigt. In den Fällen, in denen die Kugeln den Leichen entnommen wurden, wurden diese nicht untersucht. Das somit fehlende Beweismaterial erlaubte der Polizei unter anderem das Argument, dass Opfer, die von hinten erschossen wurden, eben bewiesen, dass andere Demonstranten bewaffnet gewesen wären. Angesichts der relativ engen Kompetenz des Untersuchungsausschusses ist es nicht erstaunlich, dass Richter Or, als er im September 2003 den Bericht vorlegte, feststellte, dass er die strafrechtliche Verantwortlichkeit einzelner Polizisten für den Tod der Demonstranten mit Ausnahme von zweien, die für den Tod von drei Menschen verantwortlich sind, nicht beurteilen kann. In bezug auf die beiden wies er Mahash an, sofort ein Untersuchungsverfahren einzuleiten. Das ist allerdings ein Jahr lang nicht geschehen. Erst nach einer öffentlichen Rüge durch Richter Or begann Mahash die Untersuchung mit einer Aufforderung an die Familien der Opfer, eine Exhumierung und Autopsie zu genehmigen.

Die Familien haben dies mit der Begründung verweigert, dass sie die Ernsthaftigkeit der Untersuchung bezweifeln, und dass Experten für Ballistik der Ansicht sind, dass sich die den Leichen entnommenen Kugeln sehr wahrscheinlich nicht mehr identifizieren lassen. Nach Meir Gilboa, einem der führenden Kriminologen und ehemaligen Leiter einer Sondereinheit der Polizei für schwere Verbrechen, sind alle tödlichen Wunden entweder von mit Gummi-überzogenen Kugeln, die nicht einer spezifischen Waffe zugeordnet werden können, oder von Kugeln aus M-16 Gewehren, die im Körper zerplatzen und damit keine Identifikation des einzelnen Gewehrs zulassen, von dem sie geschossen wurden, verursacht worden. Im September 2005, zwei Jahre nach dem Abschlussbericht des Or-Untersuchungsausschusses erklärte der Leiter von Mahash, Herzl Shviro auf einer Pressekonferenz, dass er die Untersuchungen hauptsächlich deshalb einstelle, weil die Familien die Zusammenarbeit verweigerten und keine Autopsien genehmigten. Generalstaatsanwalt Menahem Mazuz unterstützte die Entscheidung trotz relativ starker öffentlicher Kritik, die u.a. auch von Professor Shimon Shamir, einem Mitglied des Untersuchungsausschusses erhoben wurde. Erst unter dem Druck eines Hungerstreiks der politischen Führung der arabischen Minderheit sowie der Drohung, den internationalen Gerichtshof anzurufen, sah sich Mazuz gezwungen, seine Position zu ändern. Er versprach die Entscheidung einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen. Diese Aufgabe wurde Eran Shendar von der Staatsanwaltschaft übertragen. Shendar war zu Beginn der zweiten Intifada Leiter von Mahash, und so überrascht es nicht, dass er nach mehr als zwei-jähriger Prüfung zu dem Schluss kam, dass die Untersuchungen einzustellen sind. Diese Ergebnis gab Mazuz dann auf der Pressekonferenz am 27. Januar 2008 bekannt. Der von ihm angegebene Hauptgrund ist immer noch der Beweismangel und die fehlende Kooperationsbereitschaft der Familien.<sup>6</sup>

Die öffentliche Empörung beschränkte sich dieses Mal wiederum weitgehend auf die arabische Bevölkerung, die einen eintägigen Generalstreik ausrief und eine große Demonstration in Sakhnin veranstaltete, in der dagegen protestiert wurde, dass in Israel „arabisches Blut wertlos“ sei.<sup>7</sup> Verschiedene Organisationen, wie zum Beispiel das Mossawa Center, versuchen eine weitere Öffentlichkeit für die Kritik an der Entscheidung zu gewinnen.<sup>8</sup> Das Zentrum für Rechtsberatung und –beistand, Adalah,<sup>9</sup> das die Familien der Opfer rechtlich vertritt, erklärte, dass damit alle Rechtsmittel in Israel erschöpft sind, und sie sich somit nur noch an ausländische Institutionen wenden können.<sup>10</sup>

*Ursula Wokoeck*  
2. März 2008

---

<sup>1</sup> Yuval Yoaz, “AG: No charge in 13 deaths in October riots,” *Ha’aretz*, 28. Jan. 2008; Aviram Zino, “Mazuz will not indict police officers involved in October 2000 riots: Attorney general decides against indicting policemen involved in riots that left 13 Israeli Arabs dead; explains: We found no evidence supporting criminal charges against any of the officers,” *Ynet news.com* 27. Jan. 2008. Eine umfangreiche Sammlung von Dokumenten zu diesem Thema befindet sich auf <http://www.adalah.org/eng/october2000.php>.

<sup>2</sup> Die Frage, wer den Jungen erschossen hat, ist immer noch umstritten. Siehe zum Beispiel, Adi Schwartz, “Independent expert: IDF bullet didn’t kill Mohammed al-Dura,” *Ha’aretz* 2. March 2008.

<sup>3</sup> “The Or Inquiry - Summary of Events,” *Ha’aretz* retrieved on 19 Feb. 2008.

<sup>4</sup> Der volle hebräische Text des Berichts als auch eine englische Zusammenfassung befinden sich bei Adalah: <http://www.adalah.org/eng/october2000.php>; für einen interessanten, wenn auch zu optimistischen Zwischenbericht siehe: Jonathan Cook, “Letters of Warning: The Or Commission in Israel,” *Middle East Report Online*, 18 March 2002 (<http://www.merip.org/mero/mero.html>).

<sup>5</sup> Es wird berichtet, dass diese sich nach der Entscheidung von Mazuz im Januar 2008, wonach es keinerlei Beweise für individuelle Straftaten gebe, betrogen fühlen. Gil Ronen, “AG Mazuz: No Case Against Police who Shot Arab Rioters in 2000,” *Arutz Sheva – IsraelNationalNews.com*, 27. Jan. 2008

<sup>6</sup> Aviram Zino, “Official: Arab public refused to cooperate with October riots probe: Senior Justice Ministry official defends attorney general’s decision not to indict officers involved in October riots, saying victims’ families, Arab sector refused to cooperate with investigation,” *Ynet news.com* 28. Jan. 2008; Jonathan Cook, “Still No Justice for October 2000 Killings,” *The Electronic Intifada*, 26 February 2008 (<http://electronicintifada.net>); idem, “Impunity on Both Sides of the Green Line,” *Middle East Report Online*, 23 Nov 2005 (<http://www.merip.org/mero/mero.html>)

<sup>7</sup> JPost.com staff, “Arabs rally against A-G decision,” *The Jerusalem Post*, 3. Feb. 2008 (<http://www.jpost.com>); Sharon Roffe-Ofir, “Israeli Arabs: Mazuz threw us to the dogs: Thousands take part in Sakhnin march in protest of attorney general’s decision not to indict police officers involved in October 2000 riots which left 13 Israeli Arabs dead. ‘I promise the martyrs I will pursue the criminals,’ says father of one of casualties,” *Ynet news.com* 1. Feb. 2008.

<sup>8</sup> Zur Öffentlichkeitskampagne des Mossawa Centers siehe <http://www.mossawacenter.org>; für eine Unterschriftenkampagne, die eine neutrale, internationale Untersuchung fordert siehe: <http://www.aravim.net:80/petition.aspx>.

<sup>9</sup> Zur Selbstdarstellung des Zentrums siehe <http://www.adalah.org/eng/about.php>.

<sup>10</sup> Yoaz, “AG: No charge in 13 deaths in October riots”; Adalah, “Adalah Seeks Establishment of an Independent Investigatory Committee on the October 2000 Killings,” *The Alternative Information Center*, 30. Jan. 2008 (<http://www.alternativenews.org>).